

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Achte Sitzung vom 20. November.

(Schluß.)

Zur General-Diskussion erhält das Wort der Abg. Bied (gegen den Antrag): Auch wir wünschen, daß der Abgeordnete frei und offen seine Ansicht ausspreche, aber sie auch vertrete. Wir können deshalb der unbegrenzten Redefreiheit, wie der Antrag sie ausspricht, nicht beitreten. Wenn aufgeregte Zeiten kommen, so ist es sehr fraglich, ob der Artikel sich als ein solcher beweisen wird, der dem Vaterlande Heil bringt. Es ist der Würde des Hauses entsprechend, wenn man im Lande weiß, daß die Abgeordneten unter dem Gesetz stehen. Es muß die Möglichkeit vorhanden sein, in gegebenen Fällen mit dem Gesetz in der Hand, gegen den Abgeordneten vorzugehen. Obwohl ich kein Freund der politischen Verfolgung bin, so sehe ich mich doch genötigt, gegen den Antrag zu stimmen.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt.

Abg. Stroffer: Der Antrag wird heute hier die Majorität erlangen und gerade deshalb muß ich mich dagegen erklären. Die linke Seite mag den Art. 84 der Verfassung als ein Juwel ansehen; ich aber will nichts davon wissen, weil ich denselben als einen Ausfluß der Volkshoheit ansehe. Ich möchte deshalb am liebsten den Art. 84 ganz aus der Welt schaffen. Ich will, daß hier Jeder seine Meinung auf der Tribüne ohne Menschenfurcht äußere, aber deshalb wünsche ich auch den Schutz und die Beseitigung des Privilegiums, welches Art. 84 schafft. Man sagt, es ist billig und Recht, dem Landtage das zu gewähren, was dem Reichstage gewährt ist. Ich sehe dafür keinen Grund. Der Reichstag hat so manche Verschiedenheit gegen den Landtag, z. B. die Unlösbarkeit. — Ich werde deshalb für Art. 1 des v. Guérard'schen Antrages und gegen Art. 2 stimmen.

Ein Schlußantrag wird abermals abgelehnt.

Nach einigen Worten des Abg. v. Beyer erklärt Abg. Graf Westarp: Ich habe im vorigen Jahre gegen den Antrag gestimmt, werde aber diesmal für denselben stimmen. Ich theile die Bedenken des Abg. Bied, aber, da die königliche Staatsregierung sich für den Antrag erklärt, so fällt für mich die äußere Veranlassung fort, gegen denselben zu stimmen. Ich stimme für den Antrag, um diese Angelegenheit endlich einmal aus der Welt zu schaffen.

Der Schlußantrag wird nunmehr angenommen.

Nachdem der Antragsteller Abg. v. Guérard erklärt, daß er mit seinem Antrage einen patriotischen Akt der Veröhnung erfüllen wolle, wird ohne weitere Spezial-Diskussion zur Abstimmung geschritten und der Antrag mit überwiegender Majorität angenommen. (Nur einige Konservern stimmen dagegen). — Nach 21 Tagen wird die zweite Abstimmung stattfinden.

Es wird hierauf mit der Vorberatung des Budgets für 1869 fortgesetzt. Kapitel V. Beiträge zu den Ausgaben des norddeutschen Bundes.

Hierzu gehören die bereits mitgetheilten Anträge der Abgg. Kaser und Dr. Löwe.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich erkläre mich gegen den Antrag des Abg. Kaser, weil ich mich nicht binden will durch das, was ich hier beschliesse, für meine Abstimmungen im Reichstage und im Zollparlament. Wir dürfen uns hier nicht vorher verpflichten, für neue Einnahmen im Reichstage zu stimmen. (Sehr richtig!) Das sind wir den Männern im Reichstage und im Zollparlament schuldig. Ich stimme ferner gegen den Antrag, weil es sich bei denselben wesentlich um die Verfassung handelt. Man will die Matrikularbeiträge aus der Welt schaffen, indem man die Beiträge erhöht. Wir dürfen nicht das Bestehende unterhöhlen, bevor wir nicht wissen, wie wir die Lücke ausfüllen können. Ich glaube, solche Anträge gehören in den Reichstag und nicht hierher. (Beifall.)

Abg. Kaser: Mein Antrag soll uns sichern gegen die Uebermacht des Reichstages; mein Antrag soll mit einem Schlage die Eifersucht zwischen den beiden Körperschaften vernichten und sie in Einigkeit zusammengehen lassen. — Die Quotifizierung der Steuern ist das einfachste Mittel. Wir haben es dadurch in der Hand, alljährlich an direkten Steuern so viel weniger zu bewilligen, als Mehreinnahmen am Bunde gemacht werden. — Abg. Heise hat uns den Vorwurf gemacht, wir wollten eine Landeskalamität benutzen, um die Rechte der Volksvertretung zu vermehren. Ich bedauere diesen Vorwurf. Aber, meine Herren, wo ist denn eine Landes-Kalamität? Etwa das Defizit von 5 Millionen? Wo ist die Erweiterung der Rechte der Volksvertretung? Unser Antrag ist ausgegangen von der Furcht, daß uns unsere wenigen Rechte noch geschmälert werden. Leben wir denn nicht in der Furcht, daß der Reichstag uns unser Steuerbewilligungsrecht über den Kopf wegnehmen will? — In der Rede eines Abgeordneten ist mir der Vorwurf gemacht, als wollte ich mit meinem Antrage das Tabakmonopol einführen.

Ist ein solcher Vorwurf zulässig, dann höre jede Diskussion auf und ist dann nur die Frage, welchen Eindruck der letzte Klang des Wortes macht. (Bravo!) Mein Antrag widerspricht auch hier gar nicht dem Antrage Löwe's, sie können beide sehr wohl mit einander gehen. Man kann Minderausgaben und dennoch Erhöhung der Einnahmen beschließen. — Wir haben das Militärbudget des Bundes bis zum Jahre 1871 fixirt. Wir wollen den Frieden, ob aber der böse Nachbar uns in Frieden lassen will, das kann ich erst erfahren, wenn Thatsachen dafür vorhanden sind. Ich verlange von dem Bundeskanzler, daß er so schnell wie möglich die Probe auf das Exempel mache. — Das Defizit ist keine Landeskalamität, sondern ein Fingerzeig, der uns zu einem guten Ziele bringt. (Bravo!)

Finanzminister v. d. Heydt: Der Antrag hat mich von vorn herein nach einer Richtung hin angesprochen. Die Herren Antragsteller bekunden damit, daß sie im Reichstage und Zollparlament ihre Haltung fortsetzen werden, die Vorlagen der Regierung nicht nach ihrem innern Werthe zu beurtheilen, sondern ihnen auf einem andern Wege entgegenzutreten, wenn sie glauben, die dadurch entstehenden Mehreinnahmen könnten in dem preussischen Staatshaushalt-Stat Ueberschüsse herbeiführen, über deren Verwendung es an einer Verständigung zwischen der Regierung und der Landesvertretung fehlt. Es kommt nun darauf an, wie die Bedenken zu beseitigen sind, welche die Herren ausgesprochen haben, und die Ausführungen in der früheren Sitzung ließen mich besorgen, daß der Antrag etwas beabsichtigte, was ich heute nicht mehr darin finde. Ich habe schon neulich darauf hingewiesen, daß es schwierig sein würde, von vorn herein sich die Hände zu binden und ich habe es daher gern gehört, daß der Abg. Kaser Ihnen sagt, daß auch er sich nicht im Voraus in einer bestimmten Weise verpflichten will. — Ich sehe zwar nicht recht ein, in welcher Weise das Ziel des Antrages erreicht werden könnte. Beschlossene Maßregeln pflegen in der Regel immer erst im nächsten Jahre ihren Anfang zu nehmen, und bei allen Zollgesetzen empfiehlt es sich nicht, den Termin der Ausführung sofort zu bestimmen. Findet die Ausführung im nächsten Jahre statt, so ist die finanzielle Wirkung der Mehreinnahme auch nicht sofort zu übersehen. — Ich kann ein Nachgeben der königlichen Staatsregierung auch nicht als eine Schwäche bezeichnen. Ich habe mich gefreut, die Indemnität beantragen zu können und sie hat gute Folgen gehabt. Ich habe mich gefreut, in der heutigen Sitzung einen neuen Beweis geben zu können, daß die Regierung eine Verständigung mit der Landesvertretung wünscht. — In keinem großen Staate kann die Bewilligung der Steuern alljährlich in Frage gestellt werden, nach den Worten des Abg. Grafen Bethusy-Huc in der vorigen Sitzung nehme ich jedoch keinen Anstand, mich für den Antrag zu erklären, indem ich mir vorbehalte, die weitere Ermittlung der Art und Weise vorzunehmen, wie es möglich sein kann, eine solche Verständigung herbeizuführen, welche die Zwecke erreicht, die der Antragsteller erreichen will.

Abg. Dr. Virchow: Will die Regierung mit ihren nationalen Ideen durchkommen, so muß das Steuerbewilligungsrecht der Volksvertretung in voller Weise anerkannt werden. Der Reichstag hat ein solches Recht; weshalb die Regierung Bedenken trägt, ihrem Landtage das gleiche Recht zuzuwilligen, das versteht sich nicht; es ist dies einer von den unlöslichen Widersprüchen, welche in der deutschen und der preussischen Politik der Regierung liegen. Mit diesem Ministerium kann von dem Steuerbewilligungsrecht nicht die Rede sein, und wir verzichten deshalb auch darauf, irgend ein Unterpfand zu geben, welches eine Verständigung herbeiführen könnte. — Unsere Aufgabe ist, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß unsere Verhältnisse sich so gestalten, daß es unsern Nachbarn Freude macht, mit uns in ein freundschaftliches Verhältniß zu treten. Dazu gehört eine Aenderung der Steuerverhältnisse. Für jetzt aber haben wir keine Veranlassung, für den Antrag Kaser zu stimmen und den Reichstag aufzufordern, neue Steuern zu beschließen. Wir wollen es für jetzt bei den bestehenden Steuern belassen.

Abg. Graf Bethusy-Huc verteidigt den Antrag Kaser.

Abg. Scharnweber: Die Antragsteller suchen in der Quotifizierung der Steuern also in dem Steuerbewilligungsrecht das Wesentliche ihres Antrages. Weil sie dies bisher nicht gehabt haben, so haben sie gegen die Vorlage der Regierung gestimmt. Die Herren werden sich zu einer Negativ-Verurtheilung, wenn sie ihr Verhalten nach diesen Ausführungen regeln wollen. Die heutigen Ausführungen haben an diesem Eindrucke nichts vermindert.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt.

Abg. v. Bennigsen: Es ist nicht schwer einen Antrag zu bekämpfen, wenn man demselben die möglichste ungünstige Auslegung giebt. Es liegt nicht in der Absicht des Antrages, das Steuerbewilligungsrecht

durch die Quotifizierung der Steuern zu erreichen. Der Mehrheit im norddeutschen Reichstage sind wir nicht sicher, wir wissen nicht, ob sich derselbe für eine bedeutende Mehreinnahme entscheidet. Der Antrag bezweckt das Verhältniß des norddeutschen Bundes zu Preußen festzustellen. — Der Abg. Scharnweber hat geäußert, daß der Zweck und Inhalt des Antrages den Interessen der Krone entgegen sei. Ich begreife nicht, wie ein konservativer Abgeordneter solchen Einwand machen kann, nachdem der Herr Finanzminister sich für denselben erklärt hat. Abg. Kaser hat heute schon aus- einandergesetzt, daß der Antrag mit dem Steuerbewilligungsrecht nichts gemein habe und bitte ich also um Annahme desselben.

Abg. v. Sybel: Der Kaser'sche Antrag trifft den Kern der Sache nicht ganz korrekt, weil er die Bedürfnisse des norddeutschen Bundes parallel stellt den Bedürfnissen des preussischen Staates. Der Wunsch, den derselbe auf Entlastung des preussischen Staates bezieht, ist ein solcher, der sich von selbst versteht und der uns nicht zwei Sitzungen hindurch beschäftigen sollte. Ich werde mich deshalb auch nicht grämen, wenn meine Freunde heute für den Antrag stimmen sollten. — Es ist unsere Aufgabe, dem Zollparlament vorzustellen, daß die Matrikularbeiträge nur deshalb nicht gut sind, weil sie einen Zusammenhang zwischen den beiden Finanzwirtschaften in formeller Art herstellen, welche ich nicht für glücklich halte. Die Matrikularbeiträge sind ein Hemmnis für die weitere nationale Entwicklung! Wir wollen die nationale Fortentwicklung Deutschlands nicht in unklare Sätze hineinbringen. — Die Finanz- zölle, deren Fortentwicklung wir wollen, sind diejenigen Steuern, bei denen es am ersten möglich ist, eine Uebereinstimmung zwischen den süddeutschen Staaten und dem norddeutschen Bunde herbeizuführen. Eröffnen Sie dem Zollparlament ein Feld legislativer Thätigkeit und Sie werden dadurch die nationale Entwicklung weit mehr fördern, als wenn wir hier Resolutionen beschließen, denen Folge zu verschaffen wir kaum in der Lage sein werden.

Ein abermaliger Antrag auf Schluß der Debatte wird wieder abgelehnt.

Abg. Dr. Waldeck: Ich protestire zunächst, daß der Antrag des Abg. Kaser heute durch die Erklärungen des Antragstellers erheblich modifizirt ist; es ist nichts stehen geblieben, als daß die Einnahmen des Bundes erhöht werden sollen. Dies heißt doch nichts weiter, als Einführung einer Steuer, denn ich wüßte nicht, welche Einnahmen der norddeutsche Bund sonst erhöhen sollte. Wo in irgend einem Abgeordnetenhaus ergreift dasselbe die Initiative und sagt: erhöht die Steuern? Für die kleineren Staaten ist es angenehm, wenn sie keine Matrikularbeiträge zu zahlen haben, wie der Abg. v. Sybel es will, die direkten Steuern mehr ausgebildet werden; wir aber sind der Staat, der schließlich die ganze Last zu tragen hat, sowohl die Last der noch zu schaffenden Einheit, wie die ganze Steuerlast. Was treibt uns denn zu solchen Initiativen? weshalb sollen wir sagen: nehmt im nächsten Zollparlament eine Reform der indirekten Steuern vor? Mit der Vermehrung der Steuern vermindern Sie die Freiheit. Ich erstaune über die Tragweite des Antrages; er will den Reichstag weiter ausbilden und deshalb kommt er zu dem Ausspruche: Nehmt mehr Steuern. Wollen Sie die Verfassung abändern, so machen Sie direkte Anträge, die zwar auch gar nichts nützen werden. (Seitens.) In diesem Antrage ist nicht ein Grund für die Ausbildung der verfassungsmäßigen Rechte zu finden. Darauf hat er also keinen Einfluß, ebenso hat er keinen Einfluß auf das Defizit. Er hat nur Einfluß auf die Matrikularbeiträge und diese sind gar nicht so schlimm; sie sind auch der einzige Bindende. — Wo kein Bundesstaat, sondern nur ein Staatenbund ist, da sollte ich die Matrikularbeiträge. Die wahre und richtige Einigung ist ein Parlament, ausgerüstet mit allen Rechten eines solchen und ein ganzes und gemeinsames Ministerium. Uns aber bleibt nur übrig, hier festzuhalten an Dem, was wir haben, nicht die Initiative zu ergreifen und nicht ministerielle Politik zu machen, wie es mit diesem Antrage geschieht. Es würde ein vollständiges Chaos werden, wenn die Volksvertretung die Initiative in Finanzsachen ergreifen wollte. Lassen wir doch solche Dinge; es steht aus, als wenn wir viel mehr bedeuten, als wir wirklich bedeuten. Wenn Sie einmal über diese Dinge reden wollen, so ist doch der einzige Rath, den Sie geben können, der Antrag Löwe, daß sie sagen: die Ausgaben sollen vermindert werden. Ich sehe mit großer Gemüthsruhe der Entscheidung entgegen, die Ihr Votum bringen wird.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen. Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen der Abgg. Kaser, Scharnweber, Dr. Waldeck, Dr. Virchow, Faucher und v. Bennigsen wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag des Abg. Dr. Löwe wird abgelehnt. (Nur die Fortschrittspartei stimmt dafür.) Der Antrag des Abg. Kaser wird hierauf ebenfalls abgelehnt. (Für diesen Antrag stimmen nur die

Nationalliberalen, die Freikonservativen und ein Theil des Centrums.)

Die Beiträge zu den Ausgaben des norddeutschen Bundes werden mit 19,607,475 Thlr. bewilligt.

Darauf wird die Sitzung um 3¼ Uhr vertagt. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr.

Tages-Ordnung: Beiträge mit Hamburg und Lübeck, Antrag Börsel, Rheinschiffahrts-Akte und Fortsetzung der Etatsberatung.

Deutschland.

Berlin, 20. November. Die Königin Augusta reist, wie uns aus Koblenz mitgetheilt wird, am 30. von dort nach Weimar und trifft am 2. Dezember in Berlin ein. Gleich nach erfolgter Ankunft kommen der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin zum Besuch nach Berlin.

— In der Nacht vom 18. zum 19. d. Mts. verschied auf Schloß Wittgenstein der Prinz Friedrich zu Sayn-Wittgenstein-Heyn im 71. Lebensjahre.

— Das Staatsministerium hat beschlossen, von der früher in Anregung gebrachten amtlichen Herausgabe einer Sammlung derjenigen altländischen Gesetze, welche auf die neu erworbenen Landestheile ausgedehnt worden sind, Abstand zu nehmen, dagegen den Behörden in den neuen Provinzen die sämtlichen noch geltenden altländischen Gesetze leichter zugänglich zu machen, daß für sie eine der vorhandenen Sammlungen dieser Gesetze auf Amtskosten angeschafft werde. Es ist dazu das im Verlage von Karl Heymann in Berlin erschienene Werk v. Rönne's: „Gesetz-Sammlung für den preussischen Staat von 1806—66“, mit Ausschluß der zweiten Abtheilung (Verwaltungs-Gesetze) und der dritten Abtheilung (Justiz- und Verwaltungs-Gesetze) bestimmt, zu welchem Supplemente für die Jahre 1866 und 1867 in einigen Monaten erscheinen werden.

— Indem dem 12. preussischen Husaren-Regiment gestattet worden ist, im Mai nächsten Jahres sein hundertjähriges Stiftungsfest zu begehen, ist damit zugleich für die sämtlichen in die preussische Armee übernommenen ehemals fremdherrlichen Truppen eine bedeutende Entscheidung erfolgt. Dies Regiment war nämlich ursprünglich ein sächsisches Regiment und ist erst 1814 in den preussischen Dienst übernommen worden. Es erfuhr damals, genau wie 1866 die ehemals hannoverschen, hessischen und nassauischen Truppenteile, eine durchaus neue Organisation und fand es sich in den bisherigen Stammlisten der preussischen Armee auch nur mit dem Errichtungsjahr 1814 aufgeführt. Nun ist demselben jedoch die Anrechnung seines früheren außerpreussischen Bestandes nachgegeben worden, und ganz dasselbe wird zweifelsohne später auch auf die neu in die preussische Armee übernommenen ehemals fremdherrlichen Truppenteile der Vollbringen einer rühmlichen Waffenthat in preussischen Diensten vorzulegen, denn bekanntlich hat das genannte Husarenregiment zwei feindliche Bierecke geprenzt und vier Kanonen als seine Siegesbeute davongeführt.

Wiesbaden, 20. November. Der Kommunal-Landtag lehnte in seiner heutigen Sitzung die Vorlage der Regierung, betreffend die Landesbank, ab und genehmigte die Anträge des Ausschusses, wonach der bisherige Geschäftsumfang der Bank zum größten Theile erhalten bleiben soll.

Oldenburg, 18. November. Dem früheren oldenburgischen Minister-Präsidenten am preussischen Hofe, jetzigen Geh. Kabinettsrath Baron v. Beaulieu, ist ein frecher Hausdiebstahl widerfahren, indem ein Diener, bei Abwesenheit der Herrschaft, Schreibtisch und Geldschrank mittelst Nachschlüssels öffnend, Juwelen und Silberzeug im Werthe von 10,000 Thlr. entwandte und hiermit nach Newyork entflohe. Ein alsbald vom Staatsministerium abgelassenes Kabel-Telegramm hatte freilich den Erfolg, daß der Dieb noch auf dem Dampfer im Hafen von Newyork verhaftet wurde, indeß auf- fälliger Weise ward er sofort wieder in Freiheit gesetzt, indem er den obigen Diebstahl leugnete und nur die gleichzeitig entwandte Garderobe seines Herrn herausgab. Juwelen waren nicht gefunden, und wie viel Geld er etwa statt derselben bei sich führte, wurde von der Kon- sultatsbehörde zu konstatiren unterlassen. Uebrigens soll der Bestohlene der weiteren Entwendung von Staats- papieren aus dem Geldschrank nur durch den glücklichen Umstand entgangen sein, daß dieselben in einer Mappe verschlossen lagen mit der Aufschrift: „Verhandlungen mit Graf Bismarck in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit.“

Detmold, 13. November. Der Landtag des Fürstenthums ist auf den 7. Dezember cr. unter Ankündigung folgender landesherlicher Propositionen zusammenberufen worden: 1) Des Landes-Etats für das Jahr 1869. — 2) Des Gesetzesentwurfs zur Fest- stellung der Bestimmungen über die Voraussetzungen, unter welchen Veränderungen in der Substanz des fürst- lichen Haus- und Fideikommiß-Vermögens oder dessen

Belastung mit Schulden zulässig sind. — 3) Von Vor- schlägen in Betreff der Verwaltung der Leihgassen und Verwendung der jährlichen Ueberschüsse derselben. — 4) Einem Erlasses bezüglich des Desideriums des Land- tages wegen einer Revision der Brandklassen-Ordnung.

Deßau, 19. November. Heute ward der anhaltische Landtag durch den Staatsrath Hagemann eröffnet. Seitens des Ministeriums wurden der „Köthen. Ztg.“ zufolge eine große Menge Vorlagen angekündigt, von denen die folgenden die bedeutenderen sind: Vorlage wegen Auseinanderlegung des Herzöglichen Hauses und des Landes, bezüglich des Domaniums. Dieselbe bezweckt eine völlige Sonderung des Herzöglichen Domania- und Staatsvermögens und die Aufhebung der gegenwärtig zwischen dem Herzöglichen Hause und dem Lande be- stehenden Gemeinschaft bezüglich der Nutzungen des Domaniums. Ferner Entwurf zu einer Kreisordnung, Gesetz wegen Ablösung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden, Entwurf zu mehreren prozeßrecht- lichen Novellen, Entwurf wegen Ablösung der noch be- stehenden gewerblichen Erluß-Privilegien, sowie der Zwangs- und Bannrechte, Gesetz wegen Regelung der gewerblichen Konzeptionsabgaben. In Betreff der Fi- nanzen wird bemerkt, daß die Steuerkraft des Landes leider in wesentlich erhöhtem Maße in Anspruch ge- nommen werden müsse, da einerseits der erhöhte Ma- trikularbeitrag für den norddeutschen Bund, die Steige- rung des für die Militärausgaben zu leistenden Pauschal- sages um 17,600 Thaler, andererseits der verminderte Holzabsatz und der Wegfall der Konzeptionsabgaben den Etat schwer belasteten. Die Regierung hofft, daß der Landtag das Bestreben der Staatsregierung, einer- seits die laufenden Ausgaben thunlich zu beschränken, andererseits die zur Deckung solchen Ausgabebedarfs erforderlichen Mittel ohne Selbsttäuschung in die zu eröffnenden laufenden Einnahmen im Voraus sicher zu stellen, unterstützen werde.

Ausland.

Wien, 19. November. Wie man der „Presse“ aus Pesth schreibt, soll das Rothbuch in den aller- nächsten Tagen zur Vertheilung kommen; es werden auch die auf die nord-schleswighischen Angelegenheiten be- züglichen Dpescen darin erscheinen. Mit größtem In- teresse wird den Erklärungen entgegengekommen, die Frei- herr von Beust und Baron von Drezy über die aus- wärtigen Beziehungen Oesterreichs abgeben werden.

— Viceadmiral Tegethoff hat einen Marineplan ausgearbeitet. Er spricht sich für Flottenvergrößerung aus und verwirft ein System fortificatorischer Bauten an der Küste. Nach ihm können Küstengebiete nur vor der Fronte, die Küste nur von der Flotte wirksam vertheidigt werden. Tegethoff will keine zu Angriffszwecken, sondern bloß zum Küstenschutz. Es wird der Nachdruck darauf gelegt, nun alle Kraft auf den Aus- bau der Befestigungen von Pola zu legen; einen großen Festungsgürtel in Dalmatien zu schaffen, dazu seien weder Geldmittel vorhanden, noch sei es vom Stand- punkt der Praxis richtig und nützlich.

— Das Budget der Stadt Wien ist von der betreffenden Kommission des Gemeinderaths veröffent- licht worden. Die ordentlichen Einnahmen betragen im Ganzen 5,987,430 fl.; die außerordentlichen Ein- nahmen 462,000 fl.; die Gesamtsumme der Ein- nahmen stellt sich daher auf 6,449,430 fl. Die ordentlichen Ausgaben betragen im Ganzen 5,353,140 fl., die außerordentlichen Ausgaben 966,750 fl.; wo- nach die Gesamtsumme der Ausgaben sich auf 6,319,890 fl. stellt. Es ergibt sich an Ueberschuß 129,540 fl.

Pesth, 22. November. Die Delegirten des kroatischen Landtages für den ungarischen Reichstag wer- den Sonntag hier erwartet.

Bern, 15. November. Laut einer Nachricht des „Bund“ traf am 9. d. Mts. Ihre Majestät die Königin-Wittve Elisabeth von Preußen mittelst Separat- zuges von Zürich in Bexey ein und nahm in dem dor- tigen neuen, mit großartigem Komfort eingerichteten „Grand Hotel“ für einige Tage Quartier. Von Bexey wird dieselbe nach Montone, ihrem diesjährigen Winter- Aufenthalte, abreisen. Nach der „Sonntagspost“ hat die Königin noch 2000 Frs. für die schweizerischen Wasserbeschädigten gegeben, so daß das preussische Kö- nighaus jedenfalls an der Spitze der europäischen Sou- veräne steht, welche ihre Mithätigkeit diesen schweizeri- schen Unglücklichen zuwandten, eine Thatfache, deren tiefer Eindruck auf die öffentliche Meinung innerhalb der Eid- genossenschaft ein dauernder sein wird.

Paris, 20. November. Der Prinz und die Prinzessin von Wales haben sich erst heute früh nach Compiègne begeben. — Es wird versichert, daß die Eröffnung der Kammer in der Zeit vom 4. bis zum 8. Januar bevorstehe.

Florenz, 20. November. Ein königliches Dekret, datirt vom 26. Mai 1868, ist jetzt veröffent- licht worden, durch welches, kraft des Gesetzes vom 15. August 1867, eine zweite Emission von 250 Millionen Lire der auf Grund des Verkaufs der Kirchengüter aus- zugehenden Bonds angeordnet wird.

Napapel, 19. November. Der Ausbruch des Vesuvs dauert noch in ungeminderter Heftigkeit fort. Der Lavastrom hat jetzt eine Breite von 120 Meter und eine Tiefe von 10 bis 12 Meter; derselbe ver- ursacht furchtbare Verheerungen. Er hat einen Kasta- nienwald in der Nähe von Joffo Vatrana vollständig in Brand gesetzt, viele Häuser und Ländereien sind zer- stört, die Bewohner derselben sind auf der Flucht. Die Behörden befinden sich mit einer Abtheilung Militär an

Ort und Stelle, um das Eigenthum zu schützen und bei der Rettung desselben behülflich zu sein.

London, 20. November. Der „Globe“ kommt in einem Artikel auf die von Lord Stanley in Kin- gham gehaltenen Rede zurück und konstatirt dabei, daß Kaiser Napoleon und Lord Stanley in ihren Ansichten über Krieg und Frieden vollkommen übereinstimmen. — Preußen habe durch einen Krieg nichts zu gewinnen und Frankreich zeige nicht den Wunsch, den status quo zu stören.

Madrid, 20. November. Die amtliche „Ga- ceta de Madrid“ enthält eine Verordnung, durch welche das General-Direktorium für die öffentliche Gesundheits- pflege aufgehoben und eine weniger kostspielige Ober- behörde eingeführt wird. — Durch ein Rundschreiben des Ministers der öffentlichen Arbeiten, Forilla, wird den Gouverneuren empfohlen, Musterpachtungen einzu- richten. Laut Verordnung des Finanzministers sollen die Obligationen der gegenwärtigen Anleihe den anderen Staatspapieren gleichgeachtet werden und mit ihnen die- selben Vortheile genießen. — Eine andere Verordnung bezweckt, die Besiznahme der aufgehobenen Klöster zu beschleunigen. — Die Zeichnungen der Banquiers auf die Anleihe betragen bereits schon über 113 Millionen Reales.

— Im diplomatischen Korps sind folgende Er- nennungen vollzogen: Zum Gesandten in Rom ist Po- sada, in Florenz Capana, in Berlin Montemar, in Wien Rances, in Haag Blas, in Brüssel Aquerino, in Kopenhagen Marcon ernannt worden.

Newyork, 20. November. Privatnachrichten aus Cuba zufolge haben die Insurgenten Puerto Prin- cipe eingenommen.

Vomnern.

Stettin, 21. November. Nach dem neuesten „Militär-Wochenbl.“ ist Rautenberg, Hauptm. à la suite des pomm. Fest.-Art.-Regts. Nr. 2 und Mit- glied der Art.-Prüf.-Kommission, unter Belassung in diesem Verhältnis und unter Stellung à la suite des niederschl. Fest.-Art.-Regts. Nr. 5, zum Major, vor- läufig ohne Patent, Klebmiet und Flügel, Port.-Fährrs., von der 2. Art.-Brig., sind zu außerordentlichen Sek- tis., Viehle, Wehmann, Klopisch, Wepel, Bader, Ka- noniere von der 2. Art.-Brig. zu Port.-Fährrs., Mit- telstätt, Vice-Feldw. vom 1. Bat. (Inowracław) 7. pomm. Landw.-Regts. Nr. 54, ist zum Sek.-Lt. der Ref. der 2. Art.-Brig. befördert, Roloff, char. Port.- Fähr. vom pomm. Fest.-Art.-Regt. Nr. 2, zur Ref. entlassen; Gentner, Hauptm. und Komp.-Führer vom 1. Bat. (Anclam) 1. pomm. Landw.-Regts. Nr. 2, mit Penf. und seiner bish. Unif., wie solche bis zum Erlaß der Kab.-Ordnre vom 2. April 1857 getragen wurde, der Abschied bewilligt.

— Zu Ehren des heutigen Geburtstages Ihrer Königl. Hoheit der Frau Kronprinzessin von Preußen hat das Gouvernementsgebäude geslaggt.

— In Folge des während der verfloffenen Nacht plötzlich eingetretenen starken Frostes wurde heute früh oberhalb in der Oder bereits $\frac{1}{2}$ zölliges Eis vorgefun- den. Hoffentlich ist der Winter noch nicht so nahe, daß wir andauerndes Frostwetter zu befürchten haben; dies würde für die Schifffahrt im hiesigen Hafen, die noch in jeder Beziehung ziemlich frequent ist, von höchst nachtheiligen Folgen sein.

— Von der preussischen Arzneykare wird für 1869 eine neue Auflage nicht erscheinen, dagegen die Ver- änderung der Preise in gewohnter Weise kundgegeben werden.

— In der landwirthschaftlichen Welt ist man auf den Ausgang eines jetzt schwebenden Prozesses ge- spannt, der in erster Instanz in Köln entschieden wurde und Dünger-Fälschung zum Gegenstande hatte. Der Angeklagte wurde wegen Fälschung von Guano aus §§. 241 und 242 des Strafgesetzbuches zu 500 Thlr. Geldstrafe, event. sechs Monaten Gefängniß, verurtheilt, doch hat sowohl die Staatsbehörde als der Verurtheilte, Berufung eingelegt, so daß der Abschluß noch aussteht und vorläufig nur so viel festgestellt ist, daß auch auf Grund der bestehenden Gesetze die Fälschung von Dün- gestoffen der Bestrafung verfallen kann.

— Nach einer am 3. v. M. ergangenen Be- stimmung des Kriegs-Ministeriums können dreijährig Freiwillige bei den Landwehrstämmlen in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. Mai, ohne Rücksicht auf den allge- meinen Einstellungstermin für die Rekruten der Linien- Infanterie-Regimenter, eingestellt werden.

— Ein im Abgeordnetenhaus eingebrachter Ge- setz- entwurf, betr. die Aufhebung der Denunzianten- theile lautet: Die Antheile, welche nach den bestehen- den Vorschriften für die Entdeckung und Feststellung oder Anzeige von Zuwiderhandlungen gegen gesetzliche Bestimmungen an den in Folge dessen verhängten Geld- strafen oder dem Werth konfiszirter Gegenstände gewährt werden, sollen vom Jahre 1869 ab wegfallen.

— Das Königl. Obertribunal hat in der Sitzung vom 20. November erkannt, daß als öffent- liche Urkunde im Sinne des §. 252 des Strafgesetzes eine seitens eines städtischen Armenkommissionsvorstehers abgegebene Beglaubigung der Unterschrift einer Duit- tung nicht zu betrachten ist.

— Wegen des bei dem Restaurateur Knappe ver- übten Diebstahls sind bisher überhaupt 4 Personen, nämlich 1) der wegen des vor einer Reihe von Jahren hier ausgeführten Diebstahls in der Sparkasse berück- tigte Sternliker, 2) dessen Zuhälterin, die verheirathete Mehl geb. Strohseldt (Frau eines Zuchthäuslers), 3) der Schuhmacher Graumann und 4) der wegen

Hehlerei ebenfalls bereits bestrafte Arbeiter Krause, der vermöge seiner Bekanntschaft in den Knappe'schen Lokali- täten zur Ausführung des Diebstahls die erste Veran- lassung gegeben haben soll, verhaftet. Bei den in der Hauptphase geständigen Dieben ist nur noch ein Theil des gestohlenen Geldes vorgefunden, für das Uebrige haben sie bereits die verschiedensten Einfäufe von Betten, Kleidungsstücken, Pelzwaaren, Möbeln u. s. w. ge- macht, welche Gegenstände gleichfalls in Beschlag genom- men sind.

Vermischtes.

— (Ein Schneesturm auf dem St. Gott- hardt.) Aus Airolo, an dessen herrlichem Thal der Reisende mit freudigem Auge hängt, wenn der Wagen bei hellem Sonnenschein am südlichen Abhange des St. Gotthardt auf Schlangengewindungen hinabrollt, wird der „D. V. Z.“ eine Trauerbotschaft gemeldet, welche er- kennen läßt, wie furchtbar die prächtige Naturscenerie sich umgestaltet, wenn die Elemente ihr rasendes Spiel auf dieser Höhe beginnen. Nachdem wir — laut der Bericht vom 8. November — in den letzten Tagen Sonnenschein und prachtvolles Herbstwetter ohne Schnee im Thale hatten, brach plötzlich, seit vorgestern, der Wind mit all seinem Schredenfolge von Sturm und Schneegestöber herein. Gestern Morgen, bei ziemlich starkem Geföber, verfügte sich blos die Post und der Fourgon mit Schlitten auf's Hospiz. Glücklicherweise trat der Fourgon mit 8 Pferden und in Beglei- tung der Rukner (Weger) die Rückreise nach Airolo an. Zwar nahm das Wetter Nachmittags eine bedenklichere Wendung, der Nordwind brauste furchtbar über die eisigen Schluchten des St. Gotthards, und mit Angst und bangem Schreden gingen die guten Leute einem furcht- baren Sturme entgegen. Nebst dem Fourgon waren noch mehrere Trossen mit Vieh, das sie in Altorf (Ultri) gekauft, ein Schwyzler mit 33 Kühen und 2 Pferden, eben so mehrere von der Schweiz kommende italienische Arbeiter unterwegs nach Airolo. Glück- licherweise gelangte die ganze Karawane bis unter- halb des ersten Schirmhauses von San Giuseppe, als sich plötzlich vom Jogen. Scarevorelle eine furcht- bare Staublawine über die Straße herabwälzte und einen armen Familienvater von Lemino (Tessin) sammt 2 Pferden und 3 Kühen, dem Schwyzler Händler an- gehörend, mit sich in den Abgrund forttrieb; Mann und Vieh fanden darin ihr Grab. Mittlerweile und bei der Annäherung an das furchtbare Tremolathal nahm das Wetter eine immer schrecklichere Gestalt an; der Sturm- wind heulte furchtbar, Lawinen fielen rechts und links und ein feines, eisiges Schneegestöber erfüllte die Augen von Menschen und Vieh, zudem gestellte sich, um das Unglück voll zu machen, noch die Nacht und Finsterniß dazu; die Rukner und sämtliche Vergleute thaten ihr Möglichstes, um wenigstens das kaum 10 Minuten entfernte Schirmhaus von Ponte Tremola zu erreichen. Die Schlitten sammt Kaufmannsgüter wurden zurück- gelassen, allein auch die Pferde waren derart erschöpft, daß sie nicht mehr weiter konnten. Minuten wurden zu Stunden und die schreckliche Tormento wurde immer stärker und verderbender. Es war bereits 8 Uhr und die armen Leute befanden sich noch in der schau- dervollen Tremola, von einer Schneewächte zur anderen Bahn brechend, eine Lawine nach der anderen überstei- gend. Bei der Tremolabrücke fanden die Leute einen jungen Musikanten von Piacenza todt an einem Stra- ãenbörde liegend; der Arme war ganz starr und erfro- ren, so daß sich alle Belebungsversuche als nutzlos er- zeigten. Da die 8 Fourgonpferde nicht mehr weiter zu bringen waren, entschloß man sich, auch diese zurück- zulassen, indem man sie am Holzgelande der Tremola- brücke anband, endlich lange nach acht Uhr trafen die guten Leute nach vielen Mühsalen und Schreden halb erfroren im Tremola-Schirmhause ein. Von den Schwyzler Kühen wurden im Tremolathale noch 8 von Lawinen getödtet. Eine bedeutende Anzahl Hülfsmann- schaft von Airolo begab sich noch gestern Abend bis zum Tremolathause, konnte aber wegen des furchtbaren Sturmes nicht weiter gelangen. Heute früh verfügte sich wieder eine große Anzahl Bergmänner mit Stän- gen und Schaufeln versehen, nach der Tremola, um die Verunglückten aufzufinden; es wurde bis dahin nur der junge Piacentiner gefunden, von den 8 werthvollen Fourgonpferden fand man noch 5 lebend, die anderen 3 hatten sich über das Brückengelande gestürzt und waren im Schnee erfroren. Die Post von Luzern sammt 5 Reisenden blieb gestern auf dem Hospiz. Erst heute, Nachmittags 2 Uhr, kam das Jelleisen vom St. Gotthardt von Männern getragen hier an.

— Der „Shanghai News Letter“ berichtet über einen Angriff der Chinesen auf ein Missionshaus in Yangchow. Mehrere tausend Eingeborene belagerten das Haus und steckten dasselbe in Brand, um die Ein- wohner, darunter vier fremde Frauen und drei kleine Kinder, durch das Feuer umzubringen. Allen Insassen gelang es indeß, sich durch die Fenster zu retten und in der Dunkelheit, obwohl von den Steinwürfen des Hauses verfolgt, in einigen nahebei gelegenen Ruinen Zuflucht zu finden, bis eine Abtheilung Soldaten ein- traf, welche die Angreifer auseinander trieb und die Missionaire nach Chinkiang einschiffte. Dorthin begab sich auch nach Eintreffen der Nachricht von obigem Vorfall der englische Konsul Medhurst mit dem Kriegs- schiffe Rinaldo. Mit 80 Mann vom Rinaldo ging der Konsul nach Yangchow, wo ihm ohne Opposition die Stadthore geöffnet wurden, und er von dem Chefoo Genußnahme forderte. Da der Ehe-foo sich nicht er-

mächtigt erklärte, sämtliche Punkte der Forderung zu bewilligen, wurde er nach Nankin mitgenommen, um die Angelegenheit vor dem Generalgouverneur Tseng- kwo-san zu regeln. Inzwischen mußte der Rinaldo, in Folge einer Erkrankung des Kommandeurs, von Nankin absegeln. Das Resultat war, daß Tseng-kwo-san seinen Ton änderte, jedwede Genußnahme verweigerte und der britische Konsul sich nach Shanghai zurückziehen mußte.

— (Offenbach und Rothschild.) Offenbach sorgte stets dafür, daß der kürzlich verstorbene Rothschild zu ersten Vorstellungen Offenbach'scher Operetten eine Loge erhalte. Als nun in diesem Jahre Rothschild von den von ihm angekauften Weinbergen Chateau Lafitte die erste Ernte einheimste, erhielt er folgendes Schreiben Offenbachs: „Bei jedem meiner Erstlinge war ich Ihrer bedacht, nun ist die Reihe, von den Erstlingen zu zeh- nen, an Ihnen, vergessen Sie es nicht.“ Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten, Offenbachs Gäste trin- ken in diesem Jahre Chateau Lafitte. — Eine ähnliche Geschichte erzählt man von dem Pariser Journalisten Jules Janin, der, vom Fürsten Metternich um ein Autograph ersucht, dasselbe in den niedergeschriebenen Worten ausfertigt habe: „Gut für fünfzig Flaschen Johannisberger“, welchen Gegenwerth er natürlich auch empfing.

— (Ein zerstreuter Professor.) Professor Disperth ist so zerstreut, daß er, nachdem er die Schil- derung eines Lucullischen Mahles gelesen, betrunken zu sein glaubte, vom Stuhle fiel und erst am andern Mor- gen mit einem heftigen Kagenjammer erwachte. Ein anderes Mal hatte einer seiner Schüler das Bild desselben mit der Kreide auf die Tafel gezeichnet. Der Professor trat in's Zimmer, erblickte sein wohlgetroffenes Bild, glaubt deshalb schon da zu sein und entfernte sich sofort wieder.

Buk, im November. In unserer Nachbarschaft ist vor Kurzem auch ein Fund gemacht worden. In einem Dorfe war der Knecht eines als wohlhabend be- kannten bäuerlichen Besitzers mit dem Aufräumen der Banfen (Seitenfächer) der Scheune seines Brodherren beauftragt. Als er auf einer Ecke Spreu mit dem Spaten entfernen wollte, stieß er auf etwas Hartes, und nach ein paar Stößen rollten ihm eine Menge Ein- und Zweithalerstücke entgegen, deren Zählung die Summe von nahe 2000 Thlr. ergab. Niemand in der Familie hatte von diesem Gelde etwas gewußt; endlich fiel es aber einer alten Tagelöhnerin ein, daß vor mehreren Jahren der Vater des jetzigen Besitzers, der hin und wieder geistesabwesend gewesen, diese Summe vermisst habe; wahrscheinlich hatte er sie in der Scheune vergraben und nachher vergessen, wo er sie gelassen. Es ist überhaupt Gewohnheit der Landleute hiesiger Ge- gend, ihre vorräthigen Gelder, statt sie ruhbar anzu- legen, zu vergraben oder in Defen und unter Heerdstien- nen zu verpacken, wodurch bei vorgekommenen Bränden schon ansehnliche Geldbeträge vernichtet sind. Der Land- mann ist überhaupt kein Freund von Gold und Papier- geld, sondern zieht diesem Courant, namentlich Zwei- thalerstücke vor.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 20. Novbr. Angekommene Schiffe: 6 Söbelsende, Dam von Rönne. Snowdown (SD), Tait von Granton. Prospero (SD), Wright; Herald (SD), Jones von Hull. Edward, Weiskahn; Argo, Sal- vador von Bergen. Schwalbe, Janßen von Bremen. Orion (SD), Thomßen von Leith.

Börsen-Berichte.

Stettin, 21. Novbr. Witterung: Nachts — 9° R. Mittags — 2° R. Hare Luft. Wind SW.

An der Börse.
Weizen matt, pr. 2125 Pfd loco gelber inländ 64 bis 68 $\frac{1}{2}$, bunter 64 — 66 $\frac{1}{2}$, weißer 67 — 71 $\frac{1}{2}$, ungar. 59 — 63 $\frac{1}{2}$, 83 — 85 $\frac{1}{2}$ gelber. pr. 1/2 November 69 $\frac{1}{2}$ Br., Frühjahr 67 $\frac{1}{2}$, 67 $\frac{1}{2}$ bez.
Roggen matt, loco per 2000 Pfd. schwere Sorten 55 $\frac{1}{2}$ — 54 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, geringe und mittlere Sorten 54, 52 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, November 53 $\frac{1}{2}$, 52 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., 53 Br. u. Gd., Novbr.-Dezbr. 52, 51 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., Frühjahr 52 $\frac{1}{2}$, 51 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., 51 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Gd., 52 Br., Mai-Juni 52 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br. Gerste matt, per 1750 Pfd. pomm. 44 — 48 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez. Hafer ohne Handel.
Erbsen pr. 2250 Pfd. loco 62 — 63 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., 9 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br., pr. Novbr. 9 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., Dezember-Jan. 9 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br., April-Mai 9 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez. u. Gd., 9 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br., Septbr.-Oktbr. 9 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br. u. Gd.
Spiritus matt, loco ohne Faß 15 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., November 15 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., November-Dezember 15 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., Frühjahr 15 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez.
Regulirungs-Preise: Weizen 69, Roggen 53, Rübsöl 9 $\frac{1}{2}$, Spiritus 15 $\frac{1}{2}$.

Landmarkt.
Weizen 64 — 70 $\frac{1}{2}$, Roggen 52 — 58 $\frac{1}{2}$, Gerste 42 — 50 $\frac{1}{2}$, Hafer 32 — 37 $\frac{1}{2}$, Erbsen 60 — 65 $\frac{1}{2}$, Senf 15 — 20 $\frac{1}{2}$ pr. Ctr., Strich 7 — 9 $\frac{1}{2}$.

Amsterdam, 20. Novbr. Getreidemarkt. (Schluß- bericht) Weizen loco rubig Roggen loco behauptet, per März 206, 50, per Mai 207. Rübsöl loco 32 $\frac{1}{2}$, per Dezbr. 32 $\frac{1}{2}$, per Mai 33 $\frac{1}{2}$, Leinöl loco 30 $\frac{1}{2}$, per Dezember 30 $\frac{1}{2}$, per Mai 30 $\frac{1}{2}$. Raps loco 60 $\frac{1}{2}$, per April — per September 65.